

Deutsche Welle

Grüne Gentechnik – Fluch oder Segen?

Teil 3: Argentinien - „Monsanto hat die Pampa erobert“

Von Gaby Weber

Der multinationale Saatgutkonzern Monsanto macht sich derzeit in Südamerika unbeliebt. Er übt vor und hinter den Kulissen Druck auf die Regierungen auf, um für seinen genmanipulierten Soja-Samen Abgaben zu kassieren, nicht nur beim Kauf sondern bei jeder neuen Aussaat. In Europa und den USA ist das üblich, in Südamerika aber machen bislang die Bauern von ihrem Recht Gebrauch, ihre Ernte für die nächste Aussaat zu benutzen – auch wenn die Ernte von einem genmanipulierten Samen stammt.

Viel steht auf dem Spiel, denn vom Sojaexport hängt in Argentinien und Brasilien die Volkswirtschaft ab. Verteuert sich die Produktion, fürchten die Landwirte um ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt und die Finanzminister Devisen- und Steuerverluste. Eigentlich sollte man davon ausgehen, dass Monsanto bei der Verteidigung seiner Interessen diplomatisch vorgeht. Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Europäische und nordamerikanische Landwirte zahlen jedes Jahr an den Saatgutkonzern Monsanto astronomische Abgaben. Zuerst beim Kauf des genmanipulierten Samens und anschließend jedes Jahr erneut – auch wenn sie einen Teil ihrer Ernte für die neue Aussaat zurückhalten. Auch die deutschen Bauern sind gesetzlich verpflichtet, diese so genannten „Nachbaugebühren“ zu entrichten.

Ihre südamerikanischen Kollegen haben mehr Glück. Dort dürfen die Landwirte ihre Ernte umsonst für die eigene Aussaat verwenden. Dieses Gesetz ist Monsanto schon lange ein Dorf im Auge. Und im letzten Jahr hat das Unternehmen eine Kampagne gestartet, um es de facto zu Fall zu bringen.

Zuerst drohte Monsanto, Argentinien zu verlassen, wenn die Bauern nicht endlich zahlen würden. Damit wäre die ganze Aussaat in Gefahr gewesen. Fast auf allen Sojafeldern wird genmanipulierter Samen aus dem Hause Monsanto gesät. Das Unternehmen hat ein Monopol auf dem argentinischen Markt erworben, die meisten nationalen Saatgutfirmen haben vor Jahren bankrott gemacht.

Monsanto verließ das Land nicht, kündigte aber Ende letzten Jahres an, künftig bei den europäischen Käufern die Abgaben zu kassieren, die ihrer Meinung nach die südamerikanischen Landwirte zahlen müssten. „Erpressung“ – kommentierte der Landwirtschaftsminister. Inzwischen sitzen alle Beteiligten wieder an einem Tisch, und die Regierung versucht, den Konflikt zu entschärfen, sagt José Russo, Präsident des Nationalen Saatgut-Instituts, das dem Landwirtschaftsministerium untersteht:

„Erpressung ist ein sehr hartes Wort. Der Konzern hat bisher nur bekannt gegeben, als Entgelt für seine technologische Leistung – das heißt für sein Patent - pro Tonne exportierter Soja eine Abgabe von unseren Käufern zu kassieren.“

Das Ministerium hat einen Kompromiss vorgeschlagen, einen "Technologischen Kompensations- Fonds", in den die Landwirte bis zu einem Prozent ihres Umsatzes einzahlen, und aus diesem Fonds soll Monsanto bezahlt werden. Niemand ist mit diesem Vorschlag glücklich. Für die Landwirte bedeutet die neue Abgabe eine Verteuerung ihrer Produktion. Und Monsanto fürchtet mehr Bürokratie. Entschieden ist noch nichts,

Wie das Geld bei den europäischen und chinesischen Abnehmern eingetrieben werden soll, hat Monsanto bisher nicht verraten. Vermutlich will das Unternehmen künftig im Hafen von Buenos Aires bei den Exporteuren die Hand aufhalten. Die Rechtslage ist ungeklärt, so Russo:

„Ich verstehe nicht ganz , wofür die eigentlich kassieren wollen. Das manipulierte Gen im Saatkorn spielt doch nur bei der Aussaat eine Rolle, nicht beim Wachstum. Wenn der Landwirt das genmanipulierte Saatgut einkauft, muss er darauf Royalties, Abgaben, zahlen. Aber wir exportieren Soja für den Konsum, nicht als Saatgut.“

Monsanto gibt keine Interviews zu diesem Thema, teilt die Presseabteilung auf Anfrage mit, verteilt aber an Interessierte die ganzseitige Anzeige, die in den größten Tageszeitungen erschienen ist. Zitat:

„Das Geschäft muss sich in einem Rahmen abspielen, der den Anbietern der Technologie – in diesem Fall Monsanto – die wir viel Kapital in die Entwicklung dieser neuen Technologien investiert haben, eine vernünftige Rendite erlaubt. Das derzeitige System des Verkaufs von zertifiziertem Samen hat sich im Fall von Soja und Weizen als nicht effizient herausgestellt. Derzeit besteht nur ein Markt in achtzehn Prozent der insgesamt 14 Millionen Hektar bebautem Ackerland. Monsanto wird daher einen neuen Mechanismus einführen, der auf dem Verkauf des Getreides und auf den Eigentums-Rechten beruht, die der Monsanto-Konzern in vielen Ländern der Welt an dieser Technologie hält.“

Für die meisten Argentinier kommt der Streit aus heiterem Himmel. Die großen Zeitungen und Fernsehkanäle haben ihren Sitz in Buenos Aires, und im Großraum der argentinischen Hauptstadt lebt fast die Hälfte der Bevölkerung. Sie dreht dem Landesinneren den Rücken zu – obwohl vom Agro-Business und dem Bergbau die Wirtschaft abhängt.

Auch die politische Opposition hat sich nicht darum gekümmert, dass in den neunziger Jahren riesige Ländereien von ausländischen Fonds-Gesellschaften aufgekauft wurden und dass die Gentechnik praktisch sämtliche Anbauflächen erobern konnte.

Die nationale Industrie hatte jahrelang die Forschung vernachlässigt und erst zu spät zur Kenntnis genommen, dass Monsanto in aller Welt gefeierter genmanipulierter Sojasamen auch in der Pampa seinen Siegeszug antrat. Die nationalen Saatguthersteller konnten dieser Konkurrenz nichts entgegensetzen. Heute ist die argentinische Volkswirtschaft von EINEM ausländischen Unternehmen und von EINER Saatgutsorte abhängig.

Die Öffentlichkeit nahm dies bislang kaum als Problem wahr. Und Anfangs, in den neunziger Jahren, gab sich das multinationale Unternehmen kooperativ. Es meldete in Argentinien nicht einmal sein Patent formell an und bot den Samen zu einem relativ günstigen Preis an.

Niemand störte sich daran, dass Monsanto über Argentinien genmanipulierten Samen nach Brasilien schmuggelte. Der südbrasilianische Bundesstaat Rio Grande do Sul setzte jahrelang auf natürlichen Sojaanbau und versuchte, für diese Ware höhere Weltmarktpreise durchzusetzen. Er bat vergeblich die argentinischen Nachbarn um Hilfe gegen den Samen-Schmuggel. Der brasilianische Kampf scheint – vorerst – verloren. Vor kurzem hat die Lula-Regierung, nach vielen Jahren des Verbots, den genmanipulierten Samen zugelassen.

Am Río de la Plata gilt Gentechnik als modern. Die Verbraucher fordern keine Auszeichnungspflicht und drohen nicht mit Boykotts.

Nicht die Ökologie sondern die Ökonomie ist für den künftigen stellvertretenden uruguayischen Landwirtschaftsminister Ernesto Agazzi das Hauptproblem:

„Nur die multinationalen Unternehmen produzieren diesen Samen und zwingen uns, ihn zu kaufen. Sie wollen von uns sogar Abgaben kassieren, wenn wir unsere eigene Ernte aussähen. Am Ende zahlen wir nicht mehr für den Samen sondern die Entwicklung.“

Dass Monsanto nicht einfach auf die Abgaben verzichten wird, die es in Europa und in den USA eintreiben kann, war eigentlich abzusehen – vor allem in Argentinien, nach den Vereinigten Staaten und Brasilien drittgrößter Sojaproduzent der Welt.

Argentinien besitzt die fruchtbarsten Böden des Planeten, die „Feuchte Pampa“ mit seiner fast zwei Meter dicken Humus-Schicht. Europäische Bauern müssen sich meist mit mageren 15 Zentimetern Humus zufrieden geben. Das Land am Rio de la Plata hat die besten Bedingungen, die Kornkammer der Welt zu sein.

In den neunziger Jahren hat der genmanipulierte Sojasamen RR die Pampa erobert. RR steht für Roundup Ready – der Name des Herbizids – ebenfalls aus dem Hause Monsanto – gegen das der Sojasamen resistent ist. Das Herbizid vernichtet das gesamte Unkraut, nur die Sojapflanzen nicht.

Monsanto beantragte in Argentinien kein Patent für seinen Samen, vermutlich weil es das Land als Sprungbrett in den gesamten Kontinent benutzen wollte. Und dafür musste es erst einmal von Monsanto abhängig werden. Diese Rechnung ging auf. Zumindest teilweise: Heute arbeitet praktisch das gesamte argentinische Agrobusiness mit Gensoja.

Aber die meisten Großbauern zahlen nur einmal – beim ersten Kauf von Soja RR Abgaben an Monsanto. „Nachbauggebühren“ wie in Europa müssen sie nicht entrichten, so der Präsident des Saatgut-Instituts in Buenos Aires:

„Die argentinischen Landwirte halten einen Teil ihrer Ernte für die nächste Aussaat zurück, was das Gesetz ausdrücklich erlaubt – vorausgesetzt, dass er einmal den zertifizierten Samen legal gekauft hat. Dieses Recht nehmen die Bauern seit Tausenden von Jahren in Anspruch. Illegal ist der Handel mit Samen aus der eigenen Ernte. Wir dulden diesen Handel

nicht, aber meine Behörde war jahrelang lahmgelegt. Wir hatten unsere Eigenständigkeit verloren und erst wieder im Januar 2004 wieder erlangt. Seitdem befinden wir uns in der Phase des Aufbaus.“

Russo bestreitet nicht, dass im ganzen Land an den „weißen Börsen“ ein schwunghafter Handel mit Sojasamen RR betrieben wird. Nicht einmal zwanzig Prozent des Ackerlandes werden mit legalem, zertifiziertem Samen bepflanzt, so Monsanto. Das Unternehmen wirft der Regierung vor, diese „weißen Börsen“ zu dulden.

Das Landwirtschafts-Ministerium beziehe keine klare Haltung, kritisiert Jorge Rulli von der Umweltschutzgruppe „Reflexionen zur Landwirtschaft“. Einerseits will es sich nicht mit der Lobby der Großbauern verderben, die ihre Kosten niedrig halten und Nachbaugebühren verhindern will. Andererseits verfüge auch der multinationale Konzern über mächtige Fürsprecher. Der derzeitige Wirtschaftsminister und starker Mann in der Regierung – Roberto Lavagna – sei an der Consulting-Firma Eco-Latina beteiligt, zu deren größten Kunden Monsanto gehöre, sagt Jorge Rulli:

„In den neunziger Jahren hat der Staat freiwillig seine Eingriffsmöglichkeiten abgegeben. Früher griff die „Getreide-Junta“ mit einer eigenen Subventionspolitik in den Markt ein. Doch die „Junta“ wurde aufgelöst und alle Forschungen zur Entwicklung eines eigenen Saatgutes eingestellt. De facto subventioniert der argentinische Staat die genmanipulierte Soja. Denn wir alle zahlen für die Umweltzerstörung. Die Sojabauern bauen nicht im Wechsel mit Weideland an, lassen den Boden nicht ruhen, sondern fahren eine Ernte nach der andern ein. Das Technologische Agro-Institut INTA schätzt, dass ein Fünftel der exportierten Soja organische Bestandteile des Bodens enthält, den wir unwiederbringlich ins Ausland verschiffen. INTA schätzt, dass wir in zehn bis fünfzehn Jahren eine kritische Menge Boden verloren haben, und in manchen Gegenden wie dem Chaco wird dies schon in zwei oder drei Ernten eintreten.“

Rulli arbeitet im Landwirtschaftsministerium. Seine Kritik am Agrarmodell hat ihn seinen Vorgesetzten unbeliebt gemacht. Als Personalrat ist er unkündbar, also lässt man ihn in seinem Büro, mit eigenem Schreibtisch. Er gilt als Einzelkämpfer, sein Thema – die Ökologie – wird selten als Ursache für soziale Probleme verantwortlich gemacht.

„Um Soja für den Export zu pflanzen, haben wir Millionen Hektar Wald vernichtet. Das Landesinnere hat sich geleert, die Menschen flüchten in die Slums der Städte. Heute wird in Argentinien gehungert. Früher gab es Armut, aber niemals Hunger. Die Soja hat den Anbau von Gemüse verdrängt. Über fünfzig Prozent aller Obstplantagen ist der Soja zum Opfer gefallen. Wir pflanzen kaum noch Reis an. Baumwolle importieren wir inzwischen aus Brasilien. Mais kaufen wir von den Paraguayern. Die Hälfte der 40.000 milchproduzierenden Höfe hat auf Soja umgestellt und wir mussten im letzten Jahr aus Uruguay Milch einführen. Die Ernährungssituation hat sich derart zugespitzt, dass uns eine soziale Krise wie vor vier Jahren droht.“

Im Dezember 2001 brach in Argentinien das Währungssystem zusammen. Es kam zu Hungerrevolten, Supermärkte wurden geplündert. Den Armen geht es heute nicht viel besser, viele überleben nur von den zahlreichen Hilfsprogrammen karitativer Organisationen. Dass die Finanzmittel für diese Hilfsprogramme weiter fließen – darum kümmern sich die

Politiker. Rulli führt die Mangelsituation auf politische Fehlentscheidungen in der Agrarpolitik zurück. DARUM müssten sich die Politiker kümmern.

„Sehr viel Land ist in ausländischem Besitz, und der Sojaanbau hat diese Konzentration gefördert. 2.000 Firmen gehören zwanzig Millionen Hektar Ackerböden. Dazu müssen wir eine Lösung finden, wenn es nicht schon viel zu spät ist.“

In den meisten Fällen sind Aktiengesellschaft Besitzer ausgedehnter Ländereien, auf spanisch heißt Aktiengesellschaft: Sociedad Anónima, anonyme Gesellschaft. Unklar ist, in wessen Besitz das Aktienkapital ist; Kenner der Szene glauben, dass es sich bei den Besitzern um Großbanken, Versicherungen, Pensionskassen und Aktienfonds handelt.

Was in Argentinien kaum möglich scheint, soll schon bald, auf der anderen Seite des Rio de la Plata, in Uruguay, Wirklichkeit werden. Dort hat das linke Bündnis Frente Amplio – Breite Front – letztes Jahr einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, wonach Besitz an Ackerland nur noch natürliche Personen oder Gesellschaften mit Namensaktien halten dürfen. Am 1. März wird die Frente Amplio die Regierung antreten. Der stellvertretende Agrarminister heißt Ernesto Agazzi, ein früherer Guerillero:

„Das Privateigentum an Land hat dazu geführt, dass jeder Landbesitzer mit seinem Grund und Boden machen kann, was er will. Das hat sich als Bremse für die Entwicklung herausgestellt. Wir werden über staatliche Subventionsbanken, das Nationale Institut für Kolonisation und im Ministerium dafür sorgen, dass unser Reichtum, der fruchtbare Boden, Arbeitsplätze schafft. Darin besteht der reformistische Versuch der Frente Amplio, die Volkswirtschaft zu verändern.“

Nicht nur die uruguayische Linke, auch Konservative arbeiten an diesem Vorhaben mit. Da ist zum Beispiel Gonzalo Gaggero, langjähriges Mitglied der Nationen Partei und Vorsitzender des Bauernverbandes. Er soll das Nationale Institut für Kolonisation leiten, das eine umfassende Agrarreform in Angriff nehmen will. Die Menschen sollen auf dem Land eine wirtschaftliche Existenz aufbauen, dort sei die Zukunft des Drei-Millionen-Volkes, so Gaggero, und auch mit genmanipuliertem Soja:

„Die gesamte uruguayische Produktion ist auf der Basis des Sojasamens RR, resistent gegen das Herbizid Roundup. Ich war einer der ersten Sojazüchter Uruguays, seit Mitte der siebziger Jahre. Die normale Soja laugte den Boden aus und wir hatten extrem hohe Kosten für Herbizide und die Bearbeitung des Bodens. Durch den genmanipulierten Samen, in Verbindung mit Roundup, konnten wir unsere Kosten senken und wurden wieder konkurrenzfähig. Wir entfernen das gesamte Unkraut mit einem Herbizid und sähen und düngen und erst nach 30 Tagen wenden wir noch einmal das Unkrautvernichtungsmittel an.“

Gaggero, der Großbauer, bestreitet nicht die Nachteile des Monsanto-Produkts. Gen-Mais zum Beispiel dürfe in Uruguay nicht verwendet werden, da es auf andere Pflanzen übergeht und außer Kontrolle geraten kann.

„Für die Gefährlichkeit der Gensoja gibt es keinen wirklichen Beweis. Wir wissen von den Giftstoffen der Herbizide, die von den Feldern in die Flüsse gelangen und dort Fische erkranken lassen oder sogar töten. Wir wissen auch von den Problemen bei der

Reproduktion in der Viehzucht, von Missbildungen und Unfruchtbarkeit. Aber der letzte Beweis für einen größeren ökologischen Schaden steht noch aus.“

Der Beweis für die Unschädlichkeit steht ebenfalls noch aus, so Gaggero. Auch für ihn ist das Hauptproblem nicht ökologisch sondern ökonomisch. Er ist nicht nur gegen die Nachbaugebühren beim Sojasamen. Er würde ja gerne natürliche, nicht genmanipulierte Produkte herstellen und verkaufen, aber da der natürliche Anbau sehr viel höhere Kosten verursacht, müsse der Endverbraucher auch höhere Preise zahlen. Doch die brasilianischen Bauern haben jahrelang vergeblich auf dem Weltmarkt höhere Preise für ökologisch korrektes Getreide gefordert. Der einzelne Landwirt sei Firmen wie Monsanto ausgeliefert-

„Die multinationalen Unternehmen interessieren sich einen feuchten Kehrlicht für Gesundheit und für eine nachhaltige Produktion. Sie interessieren sich ausschließlich für ihre Gewinne. Deshalb hat sich die genmanipulierte Soja so schnell durchgesetzt. Beim Fleisch ist es genauso. Unser Rindfleisch zum Beispiel stammt von Kühen, denen keine Hormone verabreicht werden und die unter freiem Himmel Gras fressen. Aber für das Fleisch bekommt der uruguayische Züchter den selben Preis wie ein europäischer Züchter, wo den Kälbern ein Hormon-Mix und Getreide verabreicht wird und BSE aufgetreten ist. Natürlich hergestelltes Fleisch und vergiftetes Fleisch spielt dem Produzenten dasselbe ein.“

Zwei Lösungsmöglichkeiten wären denkbar: Die Verbraucher müssen größeren Druck ausüben, damit die höheren Endverbraucherpreise für Öko-Produkte auch beim Bauern landen und nicht im Zwischenhandel hängen bleiben. Und auch gezielte Subventionen wären sinnvoll. Theoretisch zumindest. Denn praktisch fehlt dafür meist das Geld im Staatshaushalt.

Und es gibt noch einen weiteren Hinderungsgrund: Die argentinische Regierung fordert seit langer Zeit von den Europäern die Abschaffung ihrer Handelsbarrieren, erinnert José Russo im Landministerium in Buenos Aires:

„Wie Sie wissen, verlangen wir auf internationalem Parkett von Europa ein Ende der Subventionspolitik und es wäre ein Widerspruch, wenn nunmehr im eigenen Land mit Subventionen beginnen würden.“

Ein Widerspruch wäre das wohl. Aber vielleicht erst einmal ein Anfang, um Bewegung in die festgefahrenen Fronten an der Subventionsfront zu bringen. Und um eine umfassende Diskussion über den Umgang mit dem Soja RR und über den Umgang mit dem Saatgutmulti Monsanto in Gang zu bringen.

ENDE